

Eymann will keinen Reformstopp einlegen

Basler Zeitung
16.2.2015

Basler Erziehungsdirektor zieht Schulreformen entschlossen durch

Von Franziska Laur

Basel. Mit dem Baslerbieter Bildungsdirektor Urs Wüthrich (SP) wird der Basler Erziehungsdirektor Christoph Eymann (LDP) einen wichtigen Mitstreiter verlieren. Wüthrich war der einzige Amtskollege in der Nordwestschweiz, der das Reformtempo mit ihm durchziehen wollte. Doch mit der Wahl von Monica Gschwind (FDP) dürfte sich die Hoffnung für Eymann schmälern, dass die Einführung des Lehrplans 21 auch im Baselbiet schlank über die Bühne geht. Gschwind hat angekündigt, dass sie die Reformen stoppen und überprüfen will.

Damit trifft sie den Nerv der Baslerbieter Lehrpersonen, die von der Eile bei der Umsetzung und der Anzahl der

Reformen ermüdet sind. Sie können sich kaum mehr auf ihre Kernaufgabe, das Unterrichten, konzentrieren und fühlen sich in ihren Warnungen vor zu viel Tempo nicht ernst genommen. Dabei hat gerade das Beispiel eines anderen Nordwestschweizer Kantons, des Aargaus, gezeigt, dass Eile bei Schulreformen schadet und Reformen auch sachte eingeführt werden können.

Stadt markiert Entschlossenheit

Christoph Eymann jedoch will neben allen anderen Reformen auch den Lehrplan 21 schon in diesem August einführen. Es brauche bei der Umsetzung von solchen Reformschritten Entschlossenheit, sagt er. Er hat jedoch den Vorteil, dass sich die Stadt mit der Orientierungsstufe in einem

unbeliebten Schulsystem befand. Ausserdem haben die Lehrer keine Lobby im Rücken. Die Geschäftsleitung der Freiwilligen Schulsynode Basel-Stadt, die eigentlich unabhängig sein sollte, ist in vollem Umfang auch in der Kantonalen Schulkonferenz vertreten und somit befangen.

Doch wie ein Bildungsbeobachter vermutet, dürfte für Gschwind die Umsetzung ihrer Versprechen schwierig werden. Beispielsweise, die ausufernden Kosten bremsen zu wollen und künftig den Bildungsfranken nicht mehr in die Verwaltung, sondern direkt in die Ausbildung der Schüler zu investieren. Auch wird sie zeigen müssen, ob Reformen wie die Einführung des Lehrplans 21 tatsächlich noch zu stoppen sind. **Seite 3**

Bildungsraum Nordwestschweiz ist gespalten

Monica Gschwind will Schulreformen stoppen, und der Basler Erziehungsdirektor steht immer mehr im Abseits

Von Franziska Laur

Basel. Die kleine Sophie bringt einen Zettel nach Hause mit Anordnungen zur Wahl des Zünis. Elmar muss von den Eltern unterschreiben lassen, dass er eine Strafaufgabe wegen Zuspätkommens erhalten hat, und Lias Eltern werden bestellt, um den Lernbericht mit der Lehrerin durchzugehen. Wer mehrere Kinder hat, kann ein Lied davon singen, welche Papierflut täglich ins Haus schwappet: Beurteilungen, Sanktionen, Dispensationen, Hausaufgaben. Doch auch die Lehrer ächzen unter der Papierflut und vor allem unter den vielen Reformen.

Die designierte Baslerbieter Bildungsdirektorin Monica Gschwind hat daher schon jede Menge Anliegen von Lehrpersonen auf dem Tisch liegen, die sie als Rettungsanker sehen. Denn die FDP-Frau und Mutter von zwei Töchtern in Ausbildung hat angekündigt, dass sie die Bürokratie bekämpfen und die Reformen stoppen und überprüfen will. Dazu steht sie auch heute und daher will sie sich noch vor ihrem Amtsantritt von Urs Wüthrich einarbeiten lassen. Natürlich habe der Kanton gewisse Aufträge, sinniert sie auf die Frage, wo man konkret mit der Bürokratie zurückfahren könnte: «Doch gewisse Bedürfnisse werden auch geschaffen.» Und bezüglich Harnos und Lehrplan 21 sagt sie: «Wir brauchen einen Marschhalt und eine Auslegeordnung.»

Für Eymann schwierige Situation

Daran dürfte der Basler Erziehungsdirektor Christoph Eymann keine Freude haben. Eine Stellungnahme zur Wahl von Monica Gschwind und die Auswirkungen auf den Bildungsraum Nordwestschweiz will er allerdings erst geben, wenn er mit der designierten Bildungsdirektorin zusammengesessen ist. Doch ihm dürfte der angestrebte Kurswechsel unangenehm sein. Schliesslich ist er nicht nur als Präsident der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK), sondern auch als vorpredschender Basler Erziehungsdirektor an Einigkeit interessiert. Basel will den neuen Lehrplan 21 schon in diesem August einführen. «In der Umsetzung von Reformschritten braucht es meiner Meinung nach Entschlossenheit und Klarheit in der Zielsetzung und Verlässlichkeit in der Umsetzung», sagt er. Dies habe man sich in Basel-Stadt von Beginn weg vorgenommen.

Dabei bewährt sich übermässige Eile in der Bildungslandschaft keineswegs. Blenden wir etwas über sechs Jahre zurück. Im Winter 2008 und Frühling 2009 stand der umtriebige



Reformmüde. Vor allem in der Nordwestschweiz wehren sich immer mehr Lehrpersonen gegen die Reformflut. Foto Fotolia

aargauische Bildungsdirektor Rainer Huber (CVP) vor einem Scherbenhaufen. Jahrelang hatte er für sein Bildungskleeblatt gekämpft. Schliesslich wurde er abgewählt und seine Reformvorschläge an der Urne abgelehnt. Die vier Blätter des Klees: Eingangsstufe anstatt Kindergarten, durchlässige Sekundarstufen anstatt Bezirksschule, Tagesstrukturen und mehr Lektionen für mit schwierigen Schülern belastete Schulklassen. Alles Dinge, die der Aargau jetzt gemächlich und unter anderem Namen einführt – abgesehen von der Abschaffung der Bezirksschule, also des Vorgymnasiums.

Schulreformen schwächen den Lehrkörper und lenken vom Kerngeschäft, dem Unterrichten, ab. Das weiss auch Monica Gschwind, und deshalb hat sie schon während ihres Wahlkampfes für Ruhe plädiert. «Das Baslerbiet muss beim Einführen des Lehrplans 21 keine Musterschülerin und zeitlich schneller sein als andere Kantone», sagte sie. Und sie sprach auch die Kosten an – ein Tabu bei der Bildungslobby. Seit dem Jahr 2000 seien die Kosten um 40 Prozent gestiegen. Und Harnos fördere nur das heillose Durcheinander

statt Harmonisierung. Sie sagte auch klipp und klar, dass jeder Bildungsfranken direkt in die Ausbildung der Schülerinnen und Schüler investiert werden solle und nicht in der Bildungsverwaltung versickern dürfe.

Sparpotenzial ist vorhanden

Das sind hehre Ziele. Ob Monica Gschwind sie erreichen wird, steht indes noch in den Sternen. Sicher ist, dass sie mit solchen Aussagen den Nerv einer reformmüden Lehrerschaft trifft. «In Sachen Harnos gibt es überall eine riesige Verunsicherung und es ist ein grosses juristisches Wirrwarr», sagt Urs Kalberer, Bildungsbeobachter und Bildungsblog-Betreiber aus Malans und Sekundarlehrer in Landquart. Er beobachtet die Bildungslandschaft in der Schweiz aufmerksam, in der Region Nordwestschweiz laufe jedoch am meisten – einerseits wegen der Umstellung auf 6/3 und weil hier die Unzufriedenheit über die verschiedenen Reformen besonders gross sei.

Einig geht Kalberer mit Gschwind, dass eine gute Schule nicht einfach mit Geld besser werden kann. Doch für ihn ist es fraglich, ob sie die Aufblähung der

Verwaltung stoppen und Stellen in der Bildungsverwaltung abbauen kann. Gschwind müsste dies jedoch tun, wenn sie, wie versprochen, Gelder von der Verwaltung in die Klassenzimmer umverteilen will. Einen möglichen umsetzbaren Ansatzpunkt sieht Kalberer in der Streichung von Schulevaluationen. Ein solcher Schritt werde auch in anderen Kantonen ins Auge gefasst. Dies spare Kosten ohne Qualitätseinbusse und entlaste die Lehrer. Sparpotenzial sieht er auch bei der Beurteilung der Schüler. Hier könne man vieles vereinfachen. «Dies entlastet die Lehrer spürbar und kostet nichts.» Heute werden aufwendige Lernberichte erstellt, die viel Zeit, Nerven und Geld kosten.

Während in den Nordwestschweizer Landkantonen die Lehrpersonen unter den Reformen ächzen und sich dagegen auflehnen, zieht sie der Basler Erziehungsdirektor Christoph Eymann entschlossen durch. Ihm kommt entgegen, dass die Lehrerschaft froh ist, sich vom alten, schlechten Schulsystem lösen zu können. Er selbst sagt dazu: «Das Tempo war letztlich bei uns ganz einfach am höchsten, weil wir mit Abstand die grössten und meisten Veränderungen

umsetzen müssen. So fällt zum Beispiel mit der Orientierungsschule eine ganze Schulstufe weg.»

Der mangelnde Widerstand gegen das angeschlagene Tempo vonseiten der Lehrerschaft könnte jedoch zumindest teilweise auch daran liegen, dass dem Tiger die Zähne gezogen sind. Die Pädagogen werden von keinem wirklich unabhängigen Verband gestützt. Die Geschäftsleitung der Freiwilligen Schulsynode Basel-Stadt ist im vollen Umfang auch in der Kantonalen Schulkonferenz vertreten.

Fünf Burnouts im Schulhaus

Doch hinter den Kulissen rumort es dennoch. Das bürokratische Denken und die Reformwut seien in Basel-Stadt überbordend, schreibt eine Lehrerin der BaZ. So habe Basel-Stadt die Integration praktisch aller Kinder durchgesetzt und Klein-, Einführungs- und Fremdsprachenklassen aufgelöst. Ausserdem stelle man auf sechs Jahre Primar- und eine neue Sekundarstufe um, ausserdem müsse man neu Lern-, Arbeits- und Sozialverhalten schriftlich ab Kindergarten erfassen. Und last but not least habe Basel-Stadt die komplizierteste Notenschnittberechnung der Schweiz für den Übertritt an die Sekundarstufe. Nun wolle man diesen Sommer noch den Lehrplan 21 einführen. In Basel-Stadt rede man zwar nicht über die Probleme, allein in ihrem Schulhaus hätten jedoch fünf Lehrpersonen ein Burnout.

Mit Biss und Beharrlichkeit kämpfen jedoch in den anderen Nordwestschweizer Kantonen Lehrpersonen und immer mehr Eltern darum, dass die Reformen verlangsamt und an die Bedürfnisse von Schülern und Lehrpersonen angepasst werden. Die Baslerbieter dürften in dieser Hinsicht nun mit Monica Gschwind eine vielversprechende Mitkämpferin haben. So sieht es ganz danach aus, wie wenn Eymann immer mehr im Abseits steht. Er selbst sorgt sich jedoch nicht um die Einigkeit im Bildungsraum Nordwestschweiz und sagt: «Die Bevölkerung der Region will gleiche oder ähnliche Schulsysteme in unseren Kantonen.»

Der oberste Lehrervertreter Beat W. Zemp jedoch sagt: «Der Bildungsraum Nordwestschweiz existiert nur noch auf dem Papier.» Dies sehe man insbesondere bei der Einführung der Fremdsprachen, und daran, dass die Einführung des Lehrplans nicht koordiniert sei. Umso mehr begrüsst er, dass die Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) im Sommer Bilanz ziehen will, wo die Kantone bezüglich gemeinsamer Lernziele und Strukturen stehen.

«Wir haben uns auf das für die Schule Machbare beschränkt»

Der aargauische Bildungsdirektor Alex Hürzeler (SVP) konnte nach Amtsantritt die eskalierte Lage beruhigen und Reformen einführen

Von Franziska Laur

BaZ: Sie haben das Bildungsdepartement im Jahr 2009 übernommen, nachdem Ihr Vorgänger abgewählt und seine Reformvorschläge an der Urne gescheitert sind. Welche Situation trafen Sie an?



Alex Hürzeler: Ich habe mein Amt angetreten, als die Abstimmung über das Bildungskleeblatt unmittelbar bevorstand. Als zuvor öffentlicher Kritiker des aus

meiner Sicht zu grossen Reformwerks kam es mir nicht ungelegen, dass dann das Volk die Vorlage an der Urne abgelehnt hat. So konnte ich zusammen mit meinen Regierungsratskollegen eine neue Lagebeurteilung vornehmen. Fakt war, dass aufgrund der Harmonisierungsvorgaben, welche seit 2006 in der Bundesverfassung verankert sind, im Kanton Aargau gewisse Reformen nötig waren. Dies galt insbesondere für den Wechsel von fünf zu sechs Primarschuljahren und von vier zu drei Jahren Oberstufe. Die neue Abstimmungsvorlage umfasste auch noch das Kindergartenobligatorium sowie Zusatzressourcen

für Gemeinden mit einer erheblichen sozialen Belastung.

An der Urne wurde dieses Paket 2012 mit einer Zustimmung von 80 Prozent haushoch angenommen. Was haben Sie besser gemacht als Ihr Vorgänger?

Man muss sehen, dass bei uns wirklich Reformstau vorhanden war. Wir haben uns aber auf das politisch und für die Schule Machbare beschränkt. Es zeigt sich immer wieder, dass grössere Veränderungen ihre Zeit brauchen und dann auch ruhiger eingeführt werden können.

Sie haben Tempo rausgenommen?

Ja, ganz bewusst. So werden wir beispielsweise auch den Lehrplan 21 im Kanton Aargau erst auf das Schuljahr 2020/2021 einführen. So haben wir Zeit, Aargauer Lehrplangergänzungen sowie den Einführungsprozess gründlich zu diskutieren. Schulen brauchen Zeit, um Reformen sorgfältig umzusetzen. Dem tragen wir Rechnung. Ich masse mir trotzdem nicht an zu beurteilen, in welchem Tempo und mit welchem Inhalt andere Kantone Veränderungen angehen.

Weshalb ist der Kanton Aargau dem Harnoskonkordat nicht beigetreten?

Wir konzentrieren uns auf die Umsetzung der Vorgaben in der Bundesver-

fassung. Dort ist in Artikel 62 festgehalten, dass sich die Kantone insbesondere auf gemeinsame Dauer und Ziele der Bildungsstufen einigen sollen. Im Sommer 2015 wird die Erziehungsdirektorenkonferenz Bilanz über den Stand des Harmonisierungsauftrags ziehen.

«Es zeigt sich immer wieder, dass grössere Veränderungen Zeit brauchen.»

Obwohl der Kanton Aargau nicht Teil des Harnoskonkordats ist, erfüllt er fast alle Vorgaben. Wo fehlt es noch?

Den Teil mit den Tagesstrukturen haben wir noch nicht erfüllt. Das Anliegen hat es im Aargau nicht leicht. Zwei Vorlagen des zuständigen Departements sind im Grossen Rat bereits gescheitert. Der Regierungsrat ist jedoch entschlossen, das Thema weiterzuverfolgen. Grundsätzlich finde ich jedoch, dass das Harnoskonkordat und die Beitrittsfrage überbewertet werden.

Nicht mehr viel übrig ist jedoch vom vor Jahren hochgejubelten Bildungsraum Nordwestschweiz.

Ja, von Ideen wie beispielsweise einer gemeinsamen Bildungsverwaltung ist man längst abgerückt. Die Zusammenarbeit auf Fachhochschulebene ist hingegen längst etabliert und mit Staatsverträgen geregelt. Im Volksschulbereich pflegen wir weiterhin eine sinnvolle Zusammenarbeit, beispielsweise wenn es um die Entwicklung und Einführung gemeinsamer Leistungstests geht.

Im wichtigsten Bereich, der Einführung der Fremdsprachen, fährt der Kanton Aargau einen anderen Zug. Er hat ab dem dritten Schuljahr Frühenglisch, Baselland, Basel-Stadt und Solothurn hingegen Frühfranzösisch.

Ja, das wurde einst so beschlossen. Beide Modelle entsprechen der nationalen Sprachenstrategie aus dem Jahre 2004. Es ist aber absehbar, dass diese Thematik in den kommenden Jahren auf nationaler Ebene verstärkt diskutiert wird. Nicht zuletzt, weil Kantone wie Nidwalden und Thurgau auf die Einführung einer zweiten Fremdsprache in der Primarstufe verzichten wollen. Auch im Aargau erfüllen wir die Sprachenstrategie derzeit noch nicht ganz. So unterrichten wir die zweite Fremdsprache Französisch erst ab dem 6. Primarschuljahr, nicht schon ab der 5. Primarschulklasse.

Die unterschiedliche Frühsprachenstrategie ist vor allem für die Fricktaler Schüler ein Problem. Die meisten gehen nach Muttenz oder seltener nach Basel ins Gymnasium. Dort fehlen ihnen dann ganze drei Jahre Französisch.

Ja, doch damit ist nun mal umzugehen. Unser Schweizer Schulsystem ist sehr durchlässig. Zusatzunterrichtsangebote helfen mit, dass auch dieser Wechsel gut machbar ist. Wie schon gesagt, wir gehen Veränderungen bewusst sachte an. Wir befinden uns in der Volksschule nun im ersten Jahr der Umstellung auf 6/3 und der Einführung des Kindergartenobligatoriums. Wir werden deshalb erst mit dem Wechsel auf den Lehrplan 21 im Schuljahr 2020/2021 die zweite Fremdsprache auf die 5. Primarschulklasse verlegen.

Die Umkehr auf Frühfranzösisch in der 3. Primarklasse ist kein Thema?

Nein, und es gibt zurzeit auch keinen Anlass dafür.

Gibt es auch Widerstand gegen den Lehrplan 21?

Ja, auch im Aargau werden derzeit Unterschriften für eine Initiative gesammelt. Da wir uns in den nächsten Jahren unabhängig davon sowieso mit dem Lehrplan beschäftigen, wird in diesem Prozess auch über die Initiative beraten werden können.